

## Die Überraschung bleibt aus: Amtsinhaber Museveni gewinnt umstrittene Präsidentschaftswahlen in Uganda

**Am Ende kam es für die meisten Beobachter wie erwartet: Präsident Yoweri Museveni, seit 30 Jahren an der Macht, sicherte sich seine fünfte Amtszeit und kann Uganda für weitere fünf Jahre regieren. Während es am Wahltag im Großen und Ganzen ruhig blieb und sich die weit verbreitete Furcht vor Gewalt rund um die Wahlen nicht bestätigte, kritisierten ugandische und internationale Beobachter erhebliche Unregelmäßigkeiten beim Ablauf der Wahlen und stellten die Kompetenz und Unabhängigkeit der Wahlkommission in Frage. Zudem sorgten das Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen die Opposition und die Blockade sozialer Medien für großen Unmut. Die unterlegene Opposition verweigert die Anerkennung der Wahlergebnisse. Wie schon nach den letzten Wahlen 2011 stehen Uganda erneut schwierige Zeiten bevor.**

### Ergebnisse

Rund 5.6 Millionen Stimmen reichten Amtsinhaber Museveni zu einem signifikanten Vorsprung. Laut offiziellem Ergebnis kam er damit auf 60,75 Prozent der Stimmen. Bei den letzten Wahlen im Jahr 2011 war er auf rund 68 Prozent gekommen. Von 35 Millionen Ugandern waren rund 15 Millionen zur Wahl berechtigt, gut 9 Millionen gaben am Ende ihre Stimme ab. Mit 63,5 Prozent ist die Wahlbeteiligung im Vergleich zu den letzten Wahlen damit leicht gestiegen.

Kizza Besigye, Musevenis Langzeitkonkurrent im Wettbewerb um die Präsidentschaft und Kandidat der größten Oppositionspartei

Forum for Democratic Change (FDC) kam auf 35,37 Prozent der Stimmen. Es ist seine insgesamt vierte Niederlage gegen Museveni. Im Vergleich zu 2011 konnte er sein Ergebnis jedoch erheblich verbessern - damals war er auf lediglich 26 Prozent der Stimmen gekommen.

Abgeschlagener Dritter ist der frühere Premierminister Amama Mbabazi, der lediglich 1,43 Prozent der Stimmen für sich gewinnen konnte und damit auf ganzer Linie enttäuschte. Die Stimmenanteile der weiteren fünf Kandidaten hatten keine signifikante Bedeutung für das Gesamtergebnis, sie lagen zum Teil weit unter einem Prozent und machen in ihrer Gesamtheit sogar noch weniger aus als die Anzahl der ungültigen Stimmen, die bei rund 455.000 lag.

In Anbetracht der zum Teil massiven Kritik am Verlauf der Wahlen und an der Rolle der ugandischen Wahlkommission müssen diese offiziellen Zahlen jedoch mit erheblichem Vorbehalt betrachtet werden.

### Verlauf der Wahlen

In weiten Teilen des Landes verlief die Stimmabgabe am Wahltag (18. Februar) friedlich und geordnet. Mit bemerkenswerter Ruhe und Geduld reihten sich Ugander in die oft langen Schlangen vor den Wahlstationen ein und warteten zum Teil mehrere Stunden, um von ihrem demokratischen Recht Gebrauch zu machen. Die von vielen Ugandern befürchtete und von den Medien vielfach projizierte Gewalt blieb aus. Unru-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UGANDA

MATHIAS KAMP

Februar 2016

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)

hen und Ausschreitungen blieben eher sporadische Einzelfälle.

Allerdings kam bereits im Laufe des Wahltages erheblicher Unmut auf, da eine signifikante Anzahl an Wahlstationen erst mit erheblicher Verspätung geöffnet werden konnte, weil die erforderlichen Wahlunterlagen nicht rechtzeitig an die Stationen geliefert wurden. In einigen Teilen Kampalas kam es zu mehr als sechs Stunden Verspätung. Dies führte zum Teil zu Tumulten und chaotischen Szenen, als sich der Frust der wartenden Wähler entlud. Zwei Wahlstationen mussten aufgrund von Ausschreitungen unmittelbar nach der verspäteten Eröffnung wieder geschlossen werden. Sicherheitskräfte gingen mit Gummigeschossen und Tränengas gegen protestierende Wähler vor.

Die ugandische Wahlkommission erklärte die Verspätungen mit sehr vagen Aussagen zu logistischen Problemen und veranlasste eine längere Öffnung der Wahlstationen (bis 19:00 Uhr anstatt 16:00 Uhr). Zudem wurden insgesamt 36 Wahlstationen auch noch am folgenden Tag für die Stimmabgabe geöffnet (dort waren die Wahlunterlagen zum Teil nicht mehr am Wahltag eingetroffen). Beobachter und Oppositionsvertreter warfen der Wahlkommission bewusste Manipulation vor: es sei verdächtig, dass die Verzögerungen gerade in städtischen Ballungsräumen aufgetreten seien, in denen die Opposition traditionell besonders viele Wähler habe. Die Verzögerungen hätten damit insbesondere die Stimmabgabe von Oppositionsanhängern behindert. Zudem sei das Argument logistischer Schwierigkeiten nicht nachvollziehbar. Schließlich hätten selbst abgelegene ländliche Wahlstationen rechtzeitig ihre Materialien erhalten, während sich die Verzögerungen in leicht zu erreichenden städtischen Gebieten ereignet hätten, so die Kritik. In der Tat lagen einige der betroffenen Wahlstationen in unmittelbarer Nähe der Zentrale der Wahlkommission in Kampala.

Noch in der Nacht des Wahltages begann die Übermittlung der Ergebnisse von den Wahlstationen an regionale Auszählungszentren und von dort an das, in einem Fußballstadion eingerichtete, nationale Auszählungszentrum in Kampala. Auch hier ergab

sich Kritik an der Verfahrensweise der Wahlkommission. Anwesende Journalisten und Beobachter beklagten mangelnde Transparenz bei der Kompilierung der Ergebnisse. Während in der Vergangenheit die eintreffenden Ergebnisse der Wahlstationen für alle Anwesenden nachvollziehbar waren, hatte die Wahlkommission in diesem Jahr ihre Verfahrensweise geändert. Journalisten und Beobachter fanden Platz in einem Pressesaal und warteten dort auf die häppchenweise herausgegebenen aggregierten Ergebnisse und hatten dadurch kaum die Möglichkeit, das Errechnete zu überprüfen.

Noch während in einigen Wahlstationen am Folgetag weiter Stimmen abgegeben wurden, gab die Wahlkommission in regelmäßigen Abständen vorläufige Ergebnisse bekannt. Die offiziellen Endergebnisse wurden schließlich am Samstag, 20. Februar, innerhalb der vorgeschriebenen 48-Stunden-Frist präsentiert.

#### **Social Media Blackout**

Am Morgen des Wahltages mussten viele Ugander feststellen, dass sie keinen Zugang zu sozialen Netzwerken hatten. Dienste wie Facebook, Twitter und Whatsapp waren nicht erreichbar. Was war passiert? Die ugandische Regulierungsbehörde, die Uganda Communications Commission (UCC), hatte die in Uganda operierenden Telekommunikationsfirmen dazu aufgefordert, alle sozialen Medien zu blockieren. Die Anweisung dazu war offenbar von ganz oben gekommen. Offizieller Grund waren Sicherheitsbedenken. Es gehe darum, mögliche terroristische Aktivitäten im Schatten der Wahlen zu verhindern und mögliche Aufrufe zur Gewalt zu blockieren, hieß es seitens der Regierung. Museveni selbst sagte, es gehe darum, die „Verbreitung von Lügen“ zu verhindern. Beobachter sehen in diesem Vorgehen aber vor allem eine Strategie, um den Austausch von Informationen und das Zusammentragen von Wahlergebnissen seitens der Opposition und kritischen Zivilgesellschaft zu unterbinden.

Menschenrechtsorganisationen kritisierten die Maßnahme als dreisten Verstoß gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung und den freien Zugang zu Informationen. Ohne

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**UGANDA**

MATHIAS KAMP

**Februar 2016**

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)

eine klar definierte Bedrohung der Sicherheit komme die Blockade der sozialen Medien einer Zensurmaßnahme gleich, stellte Amnesty International fest. Auch der Leiter der Wahlbeobachtermission des Commonwealth, der frühere nigerianische Präsident Olesegun Obasanjo, und viele weitere Beobachter verurteilten die Maßnahme scharf.

Ganze vier Tage hielt die Blockade schließlich an. Und dennoch kam der Austausch über soziale Medien nicht gänzlich zum Erliegen. Das zeigt sich zum Beispiel daran, dass der Hashtag #UgandaDecides einer der Top-Trends bei Twitter war. Viele Ugander hatten schnell Wege gefunden, die Blockade zu überwinden. So erlangten Software-Installationen und Apps zur Einrichtung von Virtual Private Networks (VPN) und zur Verschlüsselung der IP-Adresse plötzlich unerwartete Popularität.

#### **Vorgehen gegen die Opposition**

Neben der Einschränkung der sozialen Medien sorgte auch das Vorgehen gegen die Opposition für Entrüstung. Mehrere prominente Oppositionspolitiker, allen voran FDC-Präsidentenskandidat Kizza Besigye, wurden rund um die Wahlen mehrfach verhaftet und unter Hausarrest gestellt. Nachdem Besigye bereits bei seiner Abschlusskundgebung in Kampala festgesetzt worden war, wurde er am Wahltag erneut für mehrere Stunden verhaftet. Er hatte gemeinsam mit Mitstreitern seiner Partei Zugang zu einem Haus in Naguru, einem Stadtteil Kampalas, gefordert. Dort vermutete man eine geheime Schaltstelle der Regierung, von der aus die Wahlmanipulation koordiniert werde solle, so Besigye.

Am Tag nach der Wahl wurde Besigye dann für unbestimmte Zeit unter Hausarrest gesetzt. Während die Wahlkommission mit der Auszählung der Stimmanteile befasst war und häppchenweise vorläufige Ergebnisse veröffentlichte, stürmten Polizei und Militär mit Waffengewalt und unter Einsatz von Tränengas die Parteizentrale des FDC und nahmen mehrere Oppositionspolitiker fest. Als Grund gaben die Sicherheitskräfte an, dass eine Bekanntgabe eigener Stimmauszählungen seitens des FDC verhindert werden solle, da dies illegal sei.

Dabei haben alle Parteien durchaus das Recht, parallel zur Wahlkommission die ausgezählten Stimmen der Wahlstationen zusammenzutragen. Alle Parteien bzw. Kandidaten sind berechtigt, zu allen Wahlstationen Vertreter zu entsenden, die den Wahlablauf und die Auszählung beobachten und beglaubigen und eine Kopie der Auszählungsergebnisse erhalten. Diese können dann an die Parteizentralen übermittelt werden. Die Wahlkommission hatte jedoch vor der Wahl einschränkend bekannt gegeben, dass eine Veröffentlichung eigener Ergebnisse vor Verkündung des amtlichen Endergebnisses nicht zulässig sei.

Ugandische und internationale Beobachter verurteilten das Vorgehen der Sicherheitskräfte. Eduard Kukan, Leiter der EU-Wahlbeobachtermission, bezeichnete den „exzessiven Einsatz von Polizeigewalt“ als „nicht akzeptabel“. Die Maßnahme sei eine „schwere Verletzung der Meinungsfreiheit“, so Kukan. Selbst US-Außenminister Kerry schaltete sich ein und forderte Präsident Museveni in einem persönlichen Telefonat dazu auf, seine Sicherheitskräfte zu bremsen und Besigyees Hausarrest aufzuheben - ohne Erfolg.

#### **Fazit der Wahlbeobachter**

Internationale Beobachter und Vertreter der ugandischen Zivilgesellschaft lobten zwar den weitgehend friedlichen Ablauf der Wahlen und den demokratischen Geist der Wähler, kommen aber in ihrer Gesamtbewertung der Wahlen zu eher negativen Einschätzungen. Während sich die afrikanischen Beobachtermissionen (Afrikanische Union, Ostafrikanische Gemeinschaft, IGAD) mit Kritik - wie erwartet - eher zurückhielten, schlugen die Europäische Union, das Commonwealth und auch die USA andere Töne an. Sie stimmen in ihrer Kritik weitgehend mit der Bewertung seitens der Beobachter aus der ugandischen Zivilgesellschaft überein.

Commonwealth-Beobachtungsleiter Obasanjo hatte noch am Wahltag seine Entrüstung kundgetan und die Verzögerungen bei der Eröffnung von Wahlstationen in Kampala als „absolut unentschuldig“ bezeichnet. Sie würden „das Vertrauen in das System und

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## UGANDA

MATHIAS KAMP

Februar 2016

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)

den Prozess untergraben“, so Obasanjo. Auch nach den Wahlen äußerte er sich besonders kritisch. Die Wahlen hätten wichtige demokratische Standards verfehlt, sagte er gegenüber Journalisten.

Aus den USA kam ebenfalls scharfe Kritik. Die ugandische Bevölkerung, die sich „aktiv und friedlich“ am Wahlprozess beteiligt habe, hätte es „besser verdient“, hieß es aus dem US-Außenministerium. „Verzögerungen in der Auslieferung von Wahlmaterialien, Berichte über gefälschte Stimmzettel und Stimmenkauf, anhaltende Blockade sozialer Medien und der exzessive Einsatz von Gewalt durch die Polizei haben in ihrer Gesamtheit die Integrität des Wahlprozesses untergraben“, so ein Sprecher des US-Außenministeriums.

Ähnlich äußerte sich die ugandische Zivilgesellschaft. Sie hatte sich zu dem Bündnis CEON-U (Citizen Election Observers Network Uganda) zusammengeschlossen und Wahlbeobachter in alle Distrikte entsandt. In einem vorläufigen Statement erklärte CEON, man habe erhebliche Unregelmäßigkeiten beobachtet. Diese hätten „die Glaubwürdigkeit des gesamten Wahlprozesses“ in Frage gestellt, heißt es im Bericht von CEON.

Die EU-Beobachtermission unter Vorsitz des slowakischen Europaabgeordneten Eduard Kukan ging bereits vor Bekanntgabe des offiziellen Ergebnisses mit einem vorläufigen Statement an die Presse. Auch die EU brachte zunächst Anerkennung für den friedlichen Verlauf und die aktive Teilnahme der Bevölkerung zum Ausdruck, bemängelte jedoch im Weiteren signifikante Unstimmigkeiten und Probleme bei den Wahlen. Sie kritisierte dabei vor allem den Mangel an Fairness, die unverhältnismäßigen Vorteile des Amtsinhabers, den ungleichen Zugang zu den Medien und den Mangel an Transparenz und Unabhängigkeit seitens der ugandischen Wahlkommission. Die Wahlen hätten in einer „durch die staatlichen Akteure geförderten Atmosphäre der Einschüchterung“ stattgefunden, so Kukan während der Pressekonferenz der EU-Beobachter am 22. Februar.

Besondere Kritik übte die EU auch an den Verzögerungen bei der Eröffnung von Wahl-

stationen, dem Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen die Opposition und der Blockade der sozialen Medien. Zudem sei es bei der Stimmenauszählung und Übermittlung in einigen Fällen zu Unstimmigkeiten gekommen. Des Weiteren kritisiert die EU einige Trends und strukturelle Faktoren, die sich bereits vor den Wahlen abgezeichnet hatten. Die Wettbewerbsbedingungen seien extrem zugunsten der Regierungspartei National Resistance Movement (NRM) verzerrt gewesen, da diese die personellen Strukturen des Staatsapparates und staatliche Finanzmittel massiv im Wahlkampf eingesetzt habe, heißt es im Bericht der EU. Darüber seien aus über 20 Distrikten des Landes Berichte über Einschüchterung und Belästigung von Oppositionspolitikern durch Polizei und andere Sicherheitsorgane eingegangen. Die Möglichkeiten der Opposition, sich frei ihrem Wahlkampf zu widmen, seien vielfach eingeschränkt gewesen.

Besonderes Augenmerk der einheimischen und internationalen Beobachter galt den sogenannten „Crime Preventers“ („Verbrechensverhinderer“). In den Monaten vor den Wahlen waren Hunderttausende Jugendliche durch die Polizei rekrutiert worden und im Rahmen von kurzen Trainingseinheiten zu einer Art „Hilfspolizisten“ ausgebildet worden. Die rechtliche Basis für die Rekrutierung ist dabei ebenso umstritten wie das Mandat der „Crime Preventers“. Während die Regierung vorgibt, die jungen Menschen würden zur landesweiten Verhinderung von Verbrechen und „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“ rekrutiert, sehen Oppositionspolitiker und kritische Beobachter der Zivilgesellschaft darin den Aufbau einer regierungsfreundlichen, paramilitärischen Miliz, von der ein unkalkulierbares Gewaltpotential ausgeht. Die Berichte der Wahlbeobachter kommen zu dem Schluss, dass der Einsatz der „Crime Preventers“ im Vorfeld und während der Wahlen zur Einschüchterung von Wählern und oppositionellen Kräften beigetragen habe. An vielen Wahlstationen wurde eine mehr oder weniger offene Präsenz der „Crime Preventers“ festgestellt.

Aufgrund der beobachteten Probleme ist ein gewisser Vorbehalt gegenüber dem amtlichen Endergebnis sicherlich gerechtfertigt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UGANDA

MATHIAS KAMP

Februar 2016

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)

Allein die Tatsache, dass die Ergebnisse zahlreicher Wahlstationen nicht in das Endergebnis einfließen konnten, wird wohl dazu führen, dass sich die ugandischen Gerichte mit dem Ergebnis befassen werden. Allerdings muss man wohl davon ausgehen, dass sich auch bei einem sauberen Verlauf der Wahlen eine - wenn auch geringere - Mehrheit für Museveni ergeben hätte.

#### Reaktionen in Uganda

In der Hauptstadt Kampala machte sich in den ersten Tagen nach der Wahl eine beinahe gespenstische Stille breit. Die Straßen waren zeitweise wie leergefegt. Keine Proteste der Verlierer. Aber auch keine Feiern der Gewinner. Selbst die ursprünglich geplanten Feiern des NRM wurden offenbar abgesagt.

Vor den Wahlen waren die Befürchtungen groß gewesen, es könne zu gewaltsamen Auseinandersetzungen und chaotischen Zuständen kommen. Vielleicht ist es diese Angst, die dazu führte, dass sich die meisten Menschen zunächst zuhause verkrochen. Eine merkwürdige Stimmung hat das Land erfasst. Auch in den sozialen Medien überwiegen eher die ruhigen Stimmen. Gerade viele junge Ugander bringen zwar ihre Frustration über den Verlauf und das Ergebnis der Wahlen zum Ausdruck, klingen dabei aber zumeist eher traurig und desillusioniert als kämpferisch. Es herrscht ein Gefühl der Ohnmacht. Viele hatten zwar befürchtet, dass es so kommen würde, sind aber dennoch schockiert über die nun klar werdende Einsicht, dass es die nächsten fünf Jahre weitergeht wie bisher - mit dem gleichen Präsidenten, der schon an der Macht war, bevor die Mehrheit der ugandischen Bevölkerung geboren wurde.

Die aktiven Kräfte der Opposition geben sich natürlich kämpferisch. Noch vor Bekanntgabe des offiziellen Endergebnisses sprach FDC-Präsident Mugisha Muntu von „Wahlbetrug“. Noch drastischer äußerte sich Kizza Besigye, der von einem „schleichenden Staatsstreich“ sprach. Wie erwartet will die Opposition die Wahlergebnisse nicht anerkennen. Nach eigenen Rechnungen habe Kizza Besigye die Wahl mit einem Stimmenanteil von über 50 Prozent gewonnen, hieß

es seitens des FDC. Auch Amama Mbabazi zweifelt das Wahlergebnis an und will es vor Gericht anfechten. 10 Tage nach der Wahl hat die Opposition Zeit, um mögliche Beschwerden einzureichen.

Das Vertrauen in die Wahlkommission war bereits vor den Wahlen sehr gering, scheint aber nun endgültig erschüttert. Vergeblich hatten Opposition und Zivilgesellschaft lange vor den Wahlen für Reformen im Wahlrecht und vor allem für eine Reform der Wahlkommission geworben, um diese unabhängiger von der Regierung zu machen. Letztere hatte jedoch fast alle Reformvorschläge abgeschmettert. In Anbetracht der vielen Probleme bei der Durchführung der Wahlen fühlen sich Kritiker bestätigt und werfen der Wahlkommission Versagen vor. Die Diskussion um notwendige Wahlrechtsreformen wird somit auch in der kommenden Legislaturperiode sicher wieder aufleben.

Für den 23. Februar, den Montag nach den Wahlen, hatte Besigye seine Unterstützer zu einer Prozession zur Zentrale der Wahlkommission aufgerufen, um dort zu protestieren. Doch wie erwartet kam er nicht weit: Beim Verlassen seines Hauses in einem Vorort von Kampala wurde er von Spezialkräften der Polizei festgenommen. Es war seine vierte Verhaftung innerhalb von einer Woche. In Kampala blieb es auch danach weitgehend ruhig. Die ugandischen Sicherheitskräfte lassen keinen Zweifel aufkommen, dass sie bereit sind, jegliche Proteste im Keim zu ersticken. Das Stadtbild ist geprägt von einem massiven Aufgebot an Polizisten, Soldaten und Kräften diverser Spezialeinheiten.

Im Moment scheint es zweifelhaft, ob es der Opposition und insbesondere dem FDC gelingen wird, eine größere Protestwelle auszulösen. Trotz aller Frustration scheinen die meisten Unterstützer und Sympathisanten der Opposition nicht gewillt, sich mit dem Sicherheitsapparat anzulegen und die Stabilität im Land zu gefährden. Zudem hatten sich viele zivilgesellschaftliche Initiativen, vor allem im Jugendbereich, vor den Wahlen für Frieden und Gewaltfreiheit eingesetzt und wollen dieses Versprechen nun einlösen. Da es kaum Möglichkeiten des friedli-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UGANDA

MATHIAS KAMP

Februar 2016

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)

chen Protests gibt - jeglicher Protest birgt die Gefahr einer gewaltsamen Reaktion seitens der Regierung bzw. der Sicherheitskräfte - bleibt also kaum eine Alternative zur Passivität. Gerade für die politisch interessierten und engagierten jungen Menschen ergibt sich ein Dilemma: in letzter Konsequenz erscheinen das Engagement für Frieden und das Engagement für Demokratie unter den gegebenen Umständen kaum vereinbar. Die Aktivistin Isabella Akiteng brachte es in einem Facebook-Post auf den Punkt, in dem sie mit Blick auf die Passivität der Zivilgesellschaft von einer „schmerzhaften Entscheidung für den Frieden“ sprach.

Präsident Museveni selbst zeigte sich entspannt. Er „feierte“ den Wahlsieg auf seiner Farm in Westuganda bei einem Spaziergang inmitten seiner Kuh-Herde - so zeigten es zumindest die offiziellen Pressefotos. Für die kritischen Stimmen der Beobachter und der Opposition zeigte er wenig Verständnis.

„Diese Europäer sind unseriös“ sagte Museveni gegenüber ugandischen Medien mit Blick auf die Aussagen der EU-Beobachter. Zur Blockade der sozialen Medien sagte er: „Der Staat kann noch viel mehr unternehmen. Falls die Leute denken, mit der Regierung sei zu spaßen, dies war nur ein Test.“ Und zur Opposition: „Sie sind bloß Demagogen, Lügner, die nur reden und reden“.

#### **Schwäche der Opposition**

Bei aller Kritik am Verlauf der Wahlen darf natürlich nicht ignoriert werden, dass das Abschneiden der Opposition auch ein Resultat der eigenen Schwäche ist. Offenbar ist es der Opposition erneut nicht gelungen, die in der Bevölkerung weit verbreitete Unzufriedenheit auszunutzen und sich als realistische Alternative zu präsentieren. Um vor allem die vielen Nichtwähler überzeugen zu können, hätten die Oppositionskandidaten in einigen Bereichen stärker punkten müssen. Erstens hätten sie überzeugender die eigenen Positionen und vor allem die eigene Regierungsfähigkeit vermitteln müssen. Zweitens hätten sie den Ugandern die Angst vor instabilen Verhältnissen und Chaos im Falle eines Sieges der Opposition nehmen müssen. Beides scheint nicht ausreichend gelungen zu sein. Dabei standen die gleichen Schwächen im Weg wie bereits bei

vergangenen Wahlen: schwache organisatorische Strukturen, mangelnde Verwurzelung und Präsenz auf lokaler Ebene, mangelhafte dauerhafte Bindung der Wählerschaft und eine eher schwache programmatische Profilierung, die in der Regel hinter der vereinfachten negativen Abgrenzung zum NRM zurücksteht.

Zwar konnte sich Besigye gegenüber dem schwachen Ergebnis von 2011 wieder erheblich verbessern - und das trotz des kontroversen Wahlverlaufs. Aber die vehemente Anti-Regierungs-Rhetorik im Rahmen seiner „Defiance Campaign“ machte es schwierig, die Unterstützung traditioneller Nichtwähler, moderater Regierungskritiker und NRM-Abtrünniger zu gewinnen.

Optimisten hatten gehofft, dass genau diese Stimmen der dritten Kraft im Rennen, dem früheren Premierminister Amama Mbabazi, zukommen könnten, so dass Museveni durch die Verhinderung einer absoluten Mehrheit im ersten Wahlgang in eine zweite Runde gezwungen werden könnte. Diese Hoffnungen haben sich vollkommen zerschlagen. Obwohl die Kandidatur von Mbabazi als zentraler Faktor angesehen wurde, der nicht nur in den Medien viel Aufmerksamkeit erhielt, sondern auch im NRM für erhebliche Nervosität sorgte, muss man sie mit Blick auf das Ergebnis als Randnotiz verbuchen. Mbabazi konnte weniger als 1,5 Prozent der Stimmen für sich gewinnen - eine desaströse Blamage. „Viel Lärm um (fast) nichts“ - so lässt sich der „Mbabazi-Faktor“ wohl am Ende zusammenfassen. Die vielen Ankündigungen und Behauptungen Mbabazis, er verfüge über signifikante Unterstützung im Regierungs- und Staatsapparat und würde diese nutzen, um Wahlmanipulationen und einen Sieg Musevenis zu verhindern, erwiesen sich als heiße Luft.

Insofern kann rückblickend festgehalten werden, dass die Kandidatur Mbabazis der Opposition insgesamt wohl mehr geschadet als genützt hat. Schließlich war sie der zentrale Faktor, der zu einem Zerwürfnis innerhalb des zunächst vielversprechenden Oppositionsbündnisses „The Democratic Alliance“ und zum Ausscheren des FDC geführt hat. Ein vereintes Oppositionsbündnis hinter

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UGANDA

MATHIAS KAMP

Februar 2016

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)

dem Kandidaten Besigye hätte der Opposition möglicherweise mehr Stimmen eingebracht.

Die kleinen Oppositionsparteien, die Mbabazis Kandidatur unterstützten, allen voran die Traditionsparteien Democratic Party (DP) und Uganda People's Congress (UPC), stehen vor einem Scherbenhaufen. Es steht zu befürchten, dass sie einen weiteren Bedeutungsverlust erfahren werden.

#### Aussichten im Parlament

Jenseits des Erfolgs des Amtsinhabers bei der Präsidentschaftswahl lohnt sich auch ein Blick auf die Ergebnisse der Parlamentswahlen. Auch wenn die offizielle Liste der gewählten Abgeordneten seitens der Wahlkommission noch nicht bestätigt ist, so lassen sich dennoch einige Trends erkennen. Bemerkenswert ist vor allem, dass eine nicht unerhebliche Anzahl von Vertretern des politischen Establishments innerhalb des NRM von den Wählern abgestraft wurde. Dazu zählen auch einige „Urgesteine“ des NRM, die schon in den 1980er Jahren an der Seite von Museveni kämpften, als dieser die Macht übernahm. Insgesamt 17 amtierende Minister und stellvertretende Minister verloren ihre Parlamentssitze, darunter unter anderem die Minister für Justiz, Verteidigung, Information, Bildung und Energie, sowie der Generalstaatsanwalt.

Darüber hinaus haben sich viele unabhängige Kandidaten durchgesetzt, die zum Teil oppositionsnah sind, in der Mehrheit jedoch dem NRM nahe stehen. In einigen Fällen handelt es sich um NRM-Mitglieder, die bei den partei-internen Vorwahlen unterlegen waren und daraufhin als Unabhängige bei den Parlamentswahlen antraten.

Auch wenn das NRM weiterhin eine überwältigende Mehrheit im Parlament haben wird, nährt die relativ hohe Fluktuation die Hoffnungen, dass etwas Bewegung in die politische Landschaft kommen könnte und das Parlament eine aktivere Rolle einnehmen wird. Allerdings gab es diese Hoffnungen auch zu Beginn der nun endenden Legislaturperiode, als viele Abgeordnete sich sehr aktiv und kritisch zeigten. Am Ende jedoch entwickelte sich das Parlament zu einem wenig effizienten, wenig eigenständigen

„Abnickgremium“ für die Politik des Präsidenten.

Viele der Parlamentssitze waren heiß umkämpft. Dies zeigte sich während der Wahlkampfphase und vor allem in den Tagen kurz vor der Wahl sowie am Wahltag selbst. Beobachter sprachen von immensen finanziellen Aufwendungen der Kandidaten - für die Vergabe von „Geschenken“ und zum Teil für den direkten Kauf von Stimmen - und erheblichen Spannungen in den Wahlbezirken. Zwar kam es landesweit zu keinen größeren Auseinandersetzungen in den Wahlkreisen, aber zahlreiche Unstimmigkeiten bei den Wahlen wurden beobachtet.

Für besonderes Aufsehen sorgte die Wiederwahl von Jacob Oulanyah, dem amtierenden stellvertretenden Parlamentssprecher, in seinem Wahlkreis im nordugandischen Gulu. Der NRM-Politiker war bereits im Wahlkampf wiederholt aufgefallen, indem er Wahlkampfveranstaltungen der Opposition gezielt störte und Ausschreitungen provozierte. Am Tag nach der Wahl hatte der Wahlleiter in Gulu Oulanyah als Wahlsieger ausgerufen, ohne entsprechende Auszählungsergebnisse bekanntzugeben. Dies führte zu Betrugsvorwürfen und tumultartigen Szenen. Später wurde zudem bekannt, dass im gleichen Wahlkreis insgesamt zehn Wahlurnen gefunden und an die Polizei übergeben wurden, die offenbar in einem Frisörsalon versteckt worden waren. Drei der Urnen waren versiegelt und enthielten ausgefüllte Stimmzettel. Der Fall wird vor Gericht geklärt werden müssen.

#### Fazit und Ausblick

Das vorläufige Fazit zu den Wahlen in Uganda ist gemischt, wenngleich die negativen Eindrücke überwiegen. Befürchtungen, es könne zu Chaos und Gewalt kommen, haben sich nach jetzigem Stand nicht bewahrheitet, was bei Ugändern wie Beobachtern gleichermaßen für Erleichterung gesorgt hat. Allerdings weicht diese Erleichterung über den friedlichen Verlauf der Einsicht, dass sich die ugandische Demokratie in keinem guten Zustand befindet.

Im Länderbericht der KAS Uganda nach den letzten Wahlen im Jahr 2011 hieß es im Fazit, es gebe „erheblichen Nachholbedarf in

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UGANDA

MATHIAS KAMP

Februar 2016

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)

der Stärkung demokratischer Wahlverfahren“ und die Wahlen hätten „den Status quo [...] auch mit Blick auf den Zustand der ugandischen Demokratie“ bestätigt. Nach den Wahlen 2016 ist deutlich geworden, dass die erforderliche Stärkung demokratischer Wahlverfahren nicht geschehen ist - ganz im Gegenteil. Und während die diesjährigen Wahlergebnisse erneut den Status quo mit Blick auf die politischen Machtverhältnisse bestätigen, so lässt sich der Verlauf der Wahlen eher als Rückschritt in der demokratischen Entwicklung des Landes ansehen. Die Ereignisse rund um die Wahlen, vor allem mit Blick auf die Einschränkung demokratischer und bürgerlicher Freiheiten, scheinen Teil eines allgemeinen Trends zu sein.

Präsident Museveni kann seine Amtszeit nun auf 35 Jahre ausbauen. Er ist damit im afrikanischen Kontext in guter Gesellschaft. Das Klammern der regierenden Elite an die Macht ist ein weit verbreitetes Bild. Die Wiederwahl Musevenis bestätigt dabei die verbreitete Einsicht, dass es extrem schwierig ist, sich im demokratischen Wettbewerb gegen den Amtsinhaber durchzusetzen.

Der ugandischen Regierung unter Museveni stehen schwere Zeiten bevor. Die Wahlen haben erhebliche Ressourcen aus dem Staatshaushalt verschlungen. Die Einhaltung der vielen Wahlversprechen erscheint äußerst unrealistisch, vor allem in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage. Die Probleme der Verschuldung und der Inflation werden sich nach den Wahlen wohl weiter verschärfen. Das Bewusstsein in der Bevölkerung für die Probleme des Landes - vor allem mit Blick auf die verbreitete Armut, die Schwächen im Gesundheits- und Bildungsbereich und den Mangel an Arbeitsplätzen - ist nach der intensiven Wahlkampfphase geschärft und entsprechend hoch sind die Erwartungen. Mit „Business as usual“ werden sich diese Probleme nicht in den Griff bekommen lassen.

Mit der extrem jungen Bevölkerung und dem hohen Anteil an jungen Menschen ohne Arbeitsplatz und ohne Perspektiven sitzt das Land nach wie vor auf einem potentiellen Pulverfass. Es wird eine Mammutaufgabe für die Regierung werden, der jungen Generati-

on bessere Perspektiven zu bieten. Andernfalls bleibt das Potential für Unruhen trotz des friedlichen Verlaufs weiter sehr hoch. Zur Erinnerung: auch bei den Wahlen 2011 war es zunächst ruhig geblieben. Proteste setzten erst einige Wochen später ein - sie entluden sich nicht am Wahlergebnis, sondern an gestiegenen Benzinpreisen und Lebenshaltungskosten.

Die Opposition wird sich neu aufstellen müssen. Insbesondere für die kleinen Parteien wird dies keine einfache Aufgabe. Mit Blick auf das FDC wird die Frage nach dem weiteren politischen Engagement Kizza Besigye besonders interessant werden. Ansonsten heißt die Devise: nach den Wahlen ist vor den Wahlen. Die Opposition darf keine Zeit verschenken, um frühzeitig und systematisch an ihren Strukturen und Strategien zu arbeiten.

Die Zivilgesellschaft wird weiter gefragt sein, einen konstruktiven politischen Austausch zu fördern, die Regierung zur Rechenschaft zu ziehen und die Entwicklung der ugandischen Demokratie kritisch zu begleiten. Dabei gilt es vor allem, die vorherrschende Frustration gerade in der jungen Bevölkerung in konstruktive Bahnen zu lenken und das entsprechende Konfliktpotential zu entschärfen. In Anbetracht der Erfahrung mit den diesjährigen Wahlen muss das Thema Wahlrechtsreformen weiter auf der Agenda bleiben. Dazu ist ein früher und intensiver Dialog mit der Regierung unabdingbar.

Bei den nächsten Wahlen im Jahr 2021 könnten sich für die Opposition ganz neue Chancen ergeben. Präsident Museveni dürfte dann aus Altersgründen nicht mehr antreten. Die Frage seiner Nachfolge - oder gar die Erwägung einer Verfassungsänderung - könnte für das NRM zur Zerreißprobe werden. Uganda stehen unruhige Zeiten bevor.